

Wie kann Missbrauch von Arbeitsmigranten gestoppt werden? Eine neue Broschüre erklärt was Beschwerdeverfahren effektiv macht.

BRÜSSEL, 6. MÄRZ 2017 – Arbeiter*innen ohne Aufenthaltsstatus können in Europa ausgebeutet und missbraucht werden, ohne das Täter bestraft werden. Sie können meistens keine Beschwerde einlegen ohne eine Verhaftung oder Abschiebung zu riskieren. Die neuen [Richtlinien](#)* der Plattform für Internationale Zusammenarbeit zu Migrant*innen ohne Aufenthaltsstatus (PICUM) erklären, wie wirksame Beschwerdemechanismen für alle Arbeiter*innen, einschließlich undokumentierter Arbeiter*innen, geschaffen werden können

Sultana arbeitete zweieinhalb Jahre als Hausangestellte in Irland. Sie hat im Durchschnitt 105 Stunden pro Woche gearbeitet und dabei nur €150 monatlich verdient. Sie hatte keinen Jahresurlaub und musste auch an Feiertagen arbeiten. Ihre Arbeitgeber haben nie eine Arbeitserlaubnis für sie erworben, also blieb sie undokumentiert. Mit der Hilfe der Organisation Migrant Rights Centre Ireland (MRCI) hat sie vor einem Arbeitsgericht Beschwerde gegen ihren Arbeitgeber eingereicht. Das Urteil steht noch aus.

Sultana sagte: "Ich fühle mich als ob mein Leben stillsteht für die Dauer des Gerichtsverfahrens. Ich muss Gerechtigkeit sehen um in meinem Leben weitermachen zu können. Ich bin sehr dankbar für die Hilfe, die ich vom MRCI bekommen habe. Für Arbeiter wie mich ist Unterstützung von Organisationen sehr wichtig."

Die Arbeitsbedingungen, die Sultana erlitten hat sind für viele Migrant*innen ohne Aufenthaltsstatus in ganz Europa die alltägliche Realität. Die Arbeitsausbeutung von Migrant*innen ohne Aufenthaltsstatus ist weit verbreitet, denn Arbeitgeber wissen, dass sie kaum die Möglichkeit haben, Gerechtigkeit zu bekommen. In den meisten Fällen ist ein Prozess nicht realisierbar. In vielen EU Ländern können Migrant*innen ohne Aufenthaltsstatus nicht gegen ihren Arbeitgeber Beschwerde einlegen, ohne das die Einwanderungsbehörde etwas davon erfährt. Anstelle von Sanktionen für Arbeitgeber*innen, welche Gehälter von Migrant*innen wegnehmen und diese zwingen unter unwürdigen und oftmals gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, müssen Arbeiter*innen ohne Papiere eine Festnahme, Abschiebehaft und Abschiebung fürchten. Bestenfalls verlieren sie ihre Arbeit und die Klage wird aufgrund ihres irregulären Status abgewiesen.

Michele LeVoy, Direktorin von PICUM, sagte: *"Regierungen müssen sich mit der Straflosigkeit von Arbeitgeber*innen, die Migrant*innen ausbeuten, befassen, anstatt Arbeitnehmer*innen davon abzuhalten, Fälle von Ausbeutung zu melden und Entschädigung zu fordern, weil sie keinen Aufenthaltsstatus besitzen. Dies schadet Migrant*innen und deren Familien und untergräbt Arbeitsnormen für alle."*

*"ILO-Instrumente schützen das Recht aller Arbeiter*innen, unabhängig ihres Aufenthaltsstatus, ausstehende Löhne für vollbrachte Arbeit zu einzufordern",* sagte Claire Courteille von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Die Richtlinien erklären, dass persönliche Daten des Arbeitnehmers nicht zwischen der Einwanderungs- und der Arbeitsbehörde ausgetauscht werden dürfen. Diese 'Firewall' gilt auch für die Arbeitsaufsicht und Arbeitsgerichte. Andere Hauptpunkte sind die Bereitstellung eines Rechtsbeistands und einer Aufenthaltserlaubnis - zumindest für den Zeitraum des Prozesses, mit der Möglichkeit diese zu verlängern - damit betroffene Arbeiter*innen am Prozess teilnehmen können. Außerdem muss sichergestellt werden, dass es eine kompetente und mit ausreichend Mitteln ausgestattete Behörde gibt, die solche Beschwerden bearbeiten kann.

Für weitere Information, kontaktieren Sie:

Elisabeth Schmidt-Hieber, PICUM Referentin für Kommunikation, +32 2 210 1780

elisabeth.schmidt-hieber@picum.org

Anmerkungen für Redakteure:

Das Faltblatt 'Arbeitsmigrant*innen ohne Aufenthaltsstatus: Richtlinien für die Entwicklung eines effektiven Beschwerdemechanismus im Fall von Arbeitsausbeutung oder Mißbrauch' ist auf [Englisch](#), [Tschechisch](#), [Niederländisch](#), und [Deutsch](#) auf PICUM's Webseite verfügbar. Die Veröffentlichung wird in den nächsten Monaten auch auf Französisch und Spanisch verfügbar sein.

Das 'Firewall' Prinzip:

Der Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für die Menschenrechte von Migranten, François Crépeau, hat sich für eine 'Firewall' ausgesprochen, um den Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen klar von Migrationskontrolle und Gesetzesvollstreckung zu trennen (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2780641).

Der Europarat hat auch dazu aufgefordert, die Praxis der Übermittlung persönlicher Daten zu beenden und eine 'Firewall' einzuführen

(<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?p=&id=2431615&Site=DC&direct=true>).